

WHW

Winterhilfswerk des deutschen Volkes.

Im Sommer 1933 beauftragte Hitler den Reichsminister Josef Goebbels mit der Schaffung des Winterhilfswerks (WHW). „Keiner soll hungern, keiner soll frieren.“ lautete die Direktive im ersten Winter. Goebbels griff beim Aufbau des WHW auf die der NSDAP angeschlossene NS-Volkswohlfahrt, „die zuständige Organisation für alle Fragen der Wohlfahrt und Fürsorge“, zurück und ernannte deren Leiter, Reichswalter Erich Hilgenfeldt, zum „Reichsbeauftragten des Winterhilfswerkes“. Damit wurde das WHW zu einer „Schöpfung der NSV, [die] auch von ihr in jeder Hinsicht gelenkt“ wurde. Das WHW wurde dann aber im Laufe der Zeit zum Inbegriff der Wohlfahrtsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland. Dies verdankte es nicht zuletzt den spektakulären Sammlungserfolgen. Schon im Winter 1933/34 wurden 358 Millionen Mark zusammengebracht, 1938/39 waren es schon 566 Millionen und im Jahr 1940/41 über 916 Millionen Mark. Das Spendenaufkommen des WHW übertraf seit dem ersten „Kriegswinterhilfswerk“ 1939/40 die Gesamtausgaben der öffentlichen Fürsorgeverbände, von denen neben der NSV nur drei übrig blieben: der Centralausschuß für die Innere Mission, der Deutsche Caritas-Verband und das Deutsche Rote Kreuz.

Am 1. Dezember 1936 erhielt das WHW per Reichsgesetz seine juristische Form im Sinne einer rechtsfähigen Stiftung des bürgerlichen Rechts. Reichsminister Goebbels erließ daraufhin eine Verfassung für das WHW. Darin hieß es: „1. Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes, in dem Einsatzbereitschaft und Opferfreudigkeit eines Volkes im Kampf gegen Hunger und Kälte des Winters ihren lebendigsten Ausdruck gefunden haben, wird nach dem Befehl des Führers als ständiges Werk der Tat gewordenen Volksgemeinschaft fortgeführt. 2. Die Arbeit des Winterhilfswerks des Deutschen Volkes wird bestimmt von dem Leitsatz: Gemeinnutz vor Eigennutz!“

Das WHW war also nicht eine Parteiangelegenheit, auch wenn es durch die parteinahe NSV geleitet wurde, sondern eine Angelegenheit des Reiches. In ihm wurde der Anspruch der Einheit von Partei und Staat verwirklicht. Neben den pädagogischen Aspekten der Erziehung zur Selbsthilfe für die Bedürftigen, zum Opfern für die Besitzenden und zur freiwilligen Sammel-tätigkeit für Partei- und NS-Organisationsmitglieder trat in den Kriegsjahren die Schaffung einer „wahren Schicksals- und Opfergemeinschaft“ des deutschen Volkes immer stärker in den Mittelpunkt.

Ende August 1940 schrieb Gauleiter Simon an den Reichshauptamtsleiter Hilgenfeldt, daß er „gelegentlich einer kürzlich erfolgten Rücksprache mit Pg. Dr. Goebbels“ von diesem erfahren habe, daß er beabsichtige, „das WHW



im kommenden Winter auch in den luxemburgischen Gebieten durchzuführen“. Simon erwartete sich davon in politischer Hinsicht „die Gewinnung einer Bevölkerung, die von sich aus den Anschluß an das Reich nicht erstrebt“. Schon am 5. September 1940 konnte man in der Presse „die Rede des Führers bei der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes 1940/41“ im vollen

Wortlaut nachlesen. Zehn Tage später vermeldete die Presse: „Drei Millionen Franken (sic) gegen Hunger und Kälte. Die deutsche Volksgemeinschaft hilft den Luxemburgern. Sozialismus der Tat.“ Zwei Tage später hieß es: „Neue Hilfe durch das Kriegswinterhilfswerk. Zusätzlich 1.500.000 Franken nur für die geräumten Gebiete.“ Schon einen Tag später wurde die erste „Reichsstraßensammlung des Winterhilfswerks“ auch für Luxemburg angekündigt. Sie erbrachte 28.520,98 RM, ein Ergebnis, das in der Presse als „ganz guter Erfolg“ gelobt wurde, auch „wenn es nicht in Vergleich gesetzt werden kann zu jenem überraschenden Ergebnis, das das Reich aufweist“. Besonderen Wert legte man in den Kommentaren auf die Freiwilligkeit der Spenden, man rügte aber auch das niedrige Spendenaufkommen der „Stadt Luxemburg mit ihren vielen gut gestellten Einwohnern“. Jedem Spender wurde ein WHW-Abzeichen überreicht, das er nun am Rockaufschlag befestigen konnte und das belegte, daß er schon gespendet hatte.

Am 20. September hatte der Chef der Zivilverwaltung in einer „Verordnung zur Regelung der öffentlichen Sammlungen“ alle öffentlichen Sammlungen einer Genehmigungspflicht unterworfen und damit praktisch verboten. Nur das Winterhilfswerk sollte in Zukunft in den Genuß der gesammelten Gelder gelangen, niemand sollte sich den Sammlern des WHW entziehen können mit dem Hinweis, er habe schon an die Caritas oder das Rote Kreuz gespendet.

Einen Monat später wurden über 30.000 RM gesammelt, doch im November fielen die Spenden auf 29.925 RM zurück. Dies wurde vom SD als „Stimmungsbarometer für eine verstärkte deutschfeindliche Haltung der Bevölkerung“ angesehen. Im Dezember und im Januar gelang es dann, das Spendenaufkommen auf 35.500 und 34.172 RM zu steigern. An Einzelspenden erhielt das WHW 1940/41 über 104.000 RM, darunter eine „Industriespende“ von 50.000 RM. Dazu wurden auf Vorschlag des Generalbeauftragten des Stillhaltekommissars für sämtliche Wohlfahrtsorganisationen „die Gewinne von 2 Ziehungen der Lotterie des Jahres 1940 dem WHW zur Betreuung der evakuierten Gebiete zur Verfügung gestellt“. Am 10. Dezember 1940 vermeldete der SD in einem Bericht, daß „der größte Teil der 140 Verbände und Vereine, die sich mit der allgemeinen Wohlfahrt befaßten, aufgelöst“ worden seien. Ihr Vermögen wurde durch den Stillhaltekommissar eingezogen und dem WHW beziehungsweise der NSV überwiesen. Im Gegenzug unterstützte das WHW 33.607 Personen mit Wertgutscheinen in Höhe von 990.000 RM und mit Waren in Höhe von 91.700 RM. Der Hauptakzent lag dabei eindeutig im Distrikt Esch.

Im Laufe des Jahres 1941 versteifte sich der Widerstand der Luxemburger und dies zeigte





sich in der nachlassenden „Spendenfreudigkeit“. So heißt es im Sommer 1941 in einem SD-Bericht: „Ein gewisses Spiegelbild für die allgemeine Stimmung bietet das Sammelergebnis der letzten Straßensammlung für das Kriegshilfswerk des Deutschen Roten Kreuzes. Ein Überblick über die bisher vorliegenden Gesamtergebnisse zeigt, daß in der Stadt Luxemburg und in den Orten, deren Bevölkerung eine größere Zahl von Beamten aufzuweisen hat, die Spendenfreudigkeit besonders stark nachgelassen hat, z.B. in Luxemburg am 28. Juni 1941 19.350.- RM, am 24. August 1941 nur 8.140.-RM. ... Auch in der Durchführung dieser Sammlung ergaben sich wegen fehlender Bereitwilligkeit zur freiwilligen Mitarbeit bei einer größeren Anzahl von Sammlern erhebliche Schwierigkeiten. Selbst die bei der Sammlung eingesetzten Angehörigen der H.J. erwiesen sich zum Teil als äußerst unwillig.“ Anfang 1942 wurden ähnliche Schwierigkeiten verzeichnet: „Unter der luxemburgischen Beamtschaft wurde das Gerücht verbreitet, daß sich über 50% der Beamten der Stadt Luxemburg nicht für die Sammlung zur Verfügung gestellt hätten.“

Dieser Feststellung entspricht auch die immer wiederkehrende Bemerkung der Ortsgruppenleiter in den „Politischen Beurteilungen“: „Spendet kaum. Spendet nicht seinem Einkommen entsprechend“. Die Straßensammlungen wurden ab 1941 durch Haussammlungen ergänzt, und damit steigerte sich auch das Aufkommen. Dennoch konnte nur mit Druck und Zwang die „Spendenfreudigkeit“ erhalten bleiben, und auch die Teilnahme ganzer Berufs-



kategorien als „freiwillige Sammler“ konnte nur unter Drohungen erzwungen werden. „Diejenigen Beamten, die sich der Beteiligung entziehen und nicht durch dienstliche Gründe oder durch ernstliche Erkrankung verhindert sind, werden von der Ortsgruppe der Kreisleitung namhaft gemacht“, schrieb Oberbürgermeister Hengst am 4. Februar 1943 in einem

Rundschreiben an alle Dienststellen und Betriebe. Dennoch dürfte die Zahl der Luxemburger, die wirklich freiwillig mit der Sammelbüchse die Passanten belästigten, nicht sehr hoch gewesen sein. Mit allen möglichen Entschuldigungen versuchte man, sich daran vorbei zu drücken. Andererseits waren die in Luxemburg aktiven Parteimitglieder aus dem Altreich oder auch prominente Luxemburger Kollaborateure nicht dazu geeignet, den Luxemburgern als Vorbild zu dienen.

So stieß das WHW bei den meisten Luxemburgern auf eindeutige Ablehnung, da es als Teil der deutschen Annexionspolitik gesehen wurde. Und so hatte das Plakat, das verkündete: „Dein Opfer, Dein Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft“ wohl eher einen negativen Effekt bei den Luxemburgern. Es darf andererseits als sicher gelten, daß diejenigen, die vom WHW Unterstützung erhielten, im Gegenzug ihren Beitritt zur Volksdeutschen Bewegung erklären mußten und gegebenenfalls auch als Block- oder Zellenleiter mitarbeiteten. Es wäre daher abwegig, die Spenden in Luxemburg als Zustimmung zum Naziregime auch nur auf unterster Ebene zu interpretieren, da immer wieder nur unter Androhung zum Teil schwerster Konsequenzen Mitarbeit und Spenden erzwungen werden konnten. Auf dem Gebiet der Wohlfahrt hatte sich die NSDAP mit dem WHW so ein Instrument geschaffen, das propagandistisch eingesetzt wurde, in Luxemburg allerdings ohne den erwarteten Erfolg.

Paul Dostert



„Ein gewisses Spiegelbild für die allgemeine Stimmung bietet das Sammelergebnis der letzten Straßensammlung für das Kriegshilfswerk des Deutschen Roten Kreuzes...“

Dokumentation: Guy May
Photo: Tony Krier